

Hände weg vom Weserufer!

Das fordern Anwohner und Kleingärtner des Stadtwerder sowie viele andere Bremerinnen und Bremer. Ihr Protest ist berechtigt. Das neue „Leitbild der Stadtentwicklung“ sieht vor, dass in der Innenstadt 10 Prozent mehr Menschen bis 2010 wohnen sollen. Natürlich gibt es brachliegende Flächen wie in der Überseestadt, die nutzbar gemacht werden sollten.

Aber das Wohnprojekt auf dem Stadtwerder ist eindeutig profitorientiert und bürgerfeindlich: Dort entstehen teure Eigentumswohnungen auf Kosten der Natur und der Erholung.

„Jetzt kommen die Reichen und beziehen direkt an der Weser ihre Wohnungen“, empört sich ein Anwohner in seinem Leserbrief im „Weser-Kurier“. Der Grüne Bau-senator Loske verteidigt das Projekt, weil Bremen „eine zu geringe Baudichte gegenüber anderen Städten habe.“

Aber die Nähe zur Natur ist ein Trumpf dieser Stadt und den wollen sich die Bürger nicht nehmen lassen. Die Kehrseite der Senatspolitik: Für die Nutzung öffentlicher Grünanlagen, z. B. das Sommerfest der Montagsdemo, wird seit kurzem eine saftige Gebühr erhoben.

Die Projekte an der Juliushöhe und am Alten Rettungshafen sind nur der Einstieg: über kurz oder lang sollen Kleingärten, Rudervereine und Spaziergänger weichen. Protestbewegungen haben auch schon andere gegen die Bevölkerungsmehrheit gerichtete Projekte verhindert

Anstatt die Landschaft zuzubetonieren, könnte das Areal um die Wasserkunst für alle geöffnet und nutzbar gemacht werden. Die MLPD steht mit ihrer sozialistischen Politik an der Seite der Menschen, die für ihre sozialen und politischen Rechte kämpfen. Wir treten z. B. ein für den Ausbau von preiswertem Wohnraum und für ein solidarisches Zusammenleben.

Nehmt eure Zukunft in die eigene Hand – macht mit in der Wählerinitiative Wolfgang Lange und stärkt die sozialistische Alternative MLPD!



**Kundgebung
mit Musik und Kultur
Samstag, 29. August
mit Wolfgang Lange
12 Uhr, Hanseatenhof
Bremen**

weitere Kundgebungen:

**Samstag, 5. 9., 11 Uhr, Delmemarkt
Sonntag, 16. 9., 13 Uhr, Tor 8, Daimler
Dienstag, 22. 9., 17 Uhr, Ziegenmarkt**

**Herzlich willkommen
in der
MLPD!**



**„Die sozialistische Alternative
wird an Bedeutung gewinnen ...“**

Ich möchte...

- Wahlhelfer werden
- Mitglied werden
- die MLPD persönlich kennen lernen
- mehr Informationen über die MLPD
- ein kostenloses vierwöchiges Probe-Abo der „Roten Fahne“ (Wochenzeitung)

Einsenden an Zentralkomitee oder Landesgeschäftsstelle.
(Alle Angaben werden vertraulich behandelt.)

Termine Wählerinitiative:

Freitag, 4. 9., und Freitag, 18. 9. um 19 Uhr, Freizi Buntentor, Geschwornenweg 11 A

Jugendveranstaltung des REBELL

am Samstag, 29. 8., 19 Uhr, im Freizi Buntentor, Geschwornenweg 11 A mit Reisebericht über Südamerika (siehe Einladung REBELL)

Jugendaktionstag in Hamburg mit Kinderfest und Jugendfete

am Samstag, 12. 9. Landesweites Kinderfest ab 15 Uhr; Jugendfete ab 19 Uhr in HH-Altona – zur Mitfahrt bitte bei Adresse unten anmelden. Die Mitfahrt ist kostenlos – wir bitten um Spenden.

Ortsadresse Bremen:

Jobst Roselius • Sophienstraße 54 • 28203 Bremen
Telefon: 0421 705687 • E-Mail: jobst.roselius@nord-com.net



**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freunde und Nachbarn,**

ich kandidiere auf der Landesliste Bremen der MLPD und als Direktkandidat im Wahlkreis Bremen I zur Bundestagswahl am 27. September 2009. Heute möchte ich mich gern vorstellen.

Ich heiße **Wolfgang Lange**. Geboren wurde ich 1952 in Stuttgart. Seit 1981 wohne ich in Bremen – die letzten 26 Jahre in der Neustadt.

Von Beruf bin ich Dreher. Seit 35 Jahren lebe ich mit meiner Frau zusammen. Sie ist Grundschullehrerin. Wir haben zwei erwachsene Kinder.

In meiner Freizeit jogge ich gern – einmal im Jahr nehme ich auch am Marathon teil. Außerdem spiele ich Skat und bastle an alten Autos und Motorrädern. Ich reise und feiere gern mit Freunden und der Familie.

Aber was mir am meisten am Herzen liegt, ist die Politik: Ich finde, dass Arbeiter in die Politik müssen! Die sucht man im Deutschen Bundestag nämlich vergebens.

Politik machen heißt für mich: Die Sache in die eigene Hand nehmen – nicht nur alle vier Jahre ein Kreuz machen. In den vielen Jahren, die ich als IG-Metall-Vertrauensmann bei den Lloyd Dynamowerken tätig war, stand für mich deshalb immer an erster Stelle: Gemeinsam kämpfen für die Verbesserung unserer Lage – den Kollegen helfen, sich selber gegen Lohnabbau, Entlassungen, Schikanen zur Wehr zu setzen. Ich verteile die Kollegenzeitungen „Stoßstange“ vor Daimler und „Flugzeugbauer“ vor Airbus, damit die Konzernbelegschaften gemeinsam in die Offensive gehen.

Seit der ersten Bremer Montagsdemo gegen die Hartzgesetze, im August 2004, bin ich aktiv dabei. Die Hartzgesetze haben Millionen in Armut gestürzt. Ein-Euro-Jobs sind nichts anderes als Zwangsarbeit. Mit den Hartzgesetzen wurde auch die Leiharbeit

massenhaft ausgedehnt. Heute sind sie es, die als erste entlassen werden.

Die Hartz-Gesetze müssen weg! Für einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde!

Banken und Konzerne sollen die Krisenlasten selbst bezahlen!

Bis jetzt wurden bereits über 102 Milliarden Euro an Steuergeldern in die „Hypo Real Estate“-Bank gestopft – und ein Ende ist nicht in Sicht. Das ist das 22-Fache des Bremer Landeshaushalts! Und gleichzeitig streicht man die Ausgaben

für Schulen und Kultur, schikaniert die Hartz-IV-Empfänger. Bremen ist das Bundesland mit den meisten Kindern und Jugendlichen in Armut – beinahe jedes dritte Kind/Jugendlicher lebt unter der Armutsgrenze. Und das eigentliche **Zahlen kommt dann nach den Wahlen**: Die 1,6 Billionen angehäuften Staatsschulden sollen aus uns wieder herausgepresst werden. Schon gibt es Pläne, Hartz IV um 30 Prozent zu kürzen, das Rentenalter auf 69 Jahre zu erhöhen, Löhne zu senken, Arbeitszeiten zu verlängern und die Mehrwertsteuer auf 25 Prozent zu erhöhen. Hier auf den Staat zu hoffen, verkennt vollständig, dass die großen Monopole sich diesen Staat vollständig untergeordnet haben und mit ihm verschmolzen sind.

Und das gilt nicht nur für die Berliner Regierung, sondern auch den Bremer Senat. Oder warum lässt man Arcelor-Mittal seit Jahren ungestraft seinen Giftdreck über der Bevölkerung abblasen?!

Nicht wählen ändert nichts!

Immer mehr Menschen wenden sich enttäuscht und angewidert von der herrschenden Politik ab. Die etablierten Parteien gleichen sich wie ein Ei dem anderen, wenn es darum geht, im Dienste der Konzerne und Banken gegen die breite Mehrheit der Bevölkerung zu regieren.

Viele gehen deshalb nicht mehr zur Wahl. Aber so ändert sich nichts. Die MLPD und ich stehen für eine Politik des aktiven Widerstands gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Massen und eine Offensive für den echten Sozialismus. Die Entscheidung, mich und die MLPD zu wählen, ist eine Entscheidung für eine **wirkliche Alternative**.



Der echte Sozialismus ist weltweit notwendig

Das führt uns die Weltwirtschaftskrise dramatisch vor Augen. Es kann doch nicht sein, dass Millionen Menschen ihre Jobs verlieren, weltweit Menschen, vor allem auch Kinder, verhungern, während die Spekulanten von Banken und Monopolen sich Millionenzahlungen in den Rachen stopfen!

Diese Zukunftsperspektive ist auch der entscheidende Punkt, wo sich die MLPD von der „Linkspartei“ unterscheidet: Es ist eine Illusion, durch entsprechende Gesetze dem Raubtier „Kapitalismus“ die Zähne zu ziehen. Oskar Lafontaine behauptet, man könne die Banken an die Leine legen und den „Sozialstaat“ wieder herstellen. Was für eine Illusion!

Die Ursache der Krise ist nicht das Missmanagement der Bank- und Konzernlenker – auch wenn diese sich, wie Wiedeking oder Zumwinkel, aufs Widerwärtigste bereichern. Die Ursache liegt im Kapitalismus. Im Sozialismus führt die Überschussproduktion nicht mehr zu Krisen, sondern zur immer besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen. Mit 20 Prozent der „Bankenrettungsdollars“ könnte z. B. die weltweite Versorgung auf erneuerbare Energien umgestellt und die globale Klimakatastrophe verhindert werden.

Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen und nicht die Profitmacherei! Deshalb sind für mich Völkerfreundschaft und internationale Solidarität ein großes Anliegen.

Dafür steht die MLPD. Dafür stehe ich als Kandidat. Für diese Richtung bitte ich herzlich um Ihre Stimme bei der Wahl.

Ich habe mich auf die Kandidatengrundsätze der MLPD verpflichtet. Darin heißt es: „Wir können jederzeit wieder abgesetzt werden durch diejenigen, die uns gewählt haben, sollten wir nicht mehr entsprechend dieser Grundsätze handeln. Wir werden keinerlei persönliche Privilegien durch die Parlamentsarbeit annehmen ...“